



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 10.12.2007

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:10 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele ab TOP 2
Herr Stadtrat Aßfalg
Herr Stadtrat Braig
Herr Stadtrat Brenner
Frau Stadträtin Brunner
Frau Stadträtin Buttschardt
Herr Stadtrat Dr. Compter
Herr Stadtrat Deeng
Frau Stadträtin Drews
Herr Stadtrat Dullenkopf
Herr Stadtrat Etzinger
Frau Stadträtin Förg
Herr Stadtrat Funk
Herr Stadtrat Garlin
Herr Stadtrat Gehring
Frau Stadträtin Goeth
Herr Stadtrat Hagel
Frau Stadträtin Handtmann
Herr Stadtrat Herzhauser
Frau Stadträtin Kapfer
Herr Stadtrat Keil
Herr Stadtrat Kolesch ab TOP 2
Frau Stadträtin Kübler
Herr Stadtrat Lemli
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding
Herr Stadtrat Pfender
Herr Stadtrat Rieger
Herr Stadtrat Späh
Frau Stadträtin Vollmer
Herr Stadtrat Weber
Herr Stadtrat Wiest
Herr Stadtrat Zügel

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung	
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen	
Herr Kulturdezernent Dr. Biege	
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait	
Herr Falk, Tiefbauamt	ab TOP 4
Herr Geiger, Rechnungsprüfungsamt	
Herr Kopf, Hochbauamt	bis TOP 3
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg	
Herr Kuhlmann, Stadtplanungsamt	
Frau Leonhardt, Kämmereiamt	
Herr Maier, Personalstelle	bis TOP 3
Herr Maucher, Umweltschutz	bis TOP 3
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg	
Herr Merkle, Baubetriebsamt	bis TOP 3
Herr Bürgermeister Ogertschnig	
Herr Rechmann, Tiefbauamt	ab TOP 4
Herr Rückert, Bauverwaltungsamt	
Herr Simon, Hauptamt	
Frau Voss, Stadtmarketing & Tourismus	bis TOP 3

Gäste:

Herr Mäule, Schwäbische Zeitung	
Herr Andresen, Weberberg	bis TOP 3
Herr Ledermann, INFO	
Etliche Mitarbeiter/innen des Ordnungsamts	bis TOP 3

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Bürgerfragestunde	
2.	Wiederbesetzung der Stelle der Leitung des Ordnungsamts	223/2007
3.	Leitung Volkshochschule und Leitung der Ämter des Kulturdezernates	208/2007
4.	Fortschreibung des Fußwegekonzeptes	157/2007 - 2

Die Mitglieder wurden am 29.11.07 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 06.12.07 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 Bürgerfragestunde

Es sind keine Bürger anwesend, die Fragen stellen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 223/2007 zur Entscheidung vor.

Als erster stellt Herr Fessler sich dem Gremium persönlich vor. Dabei geht er kurz auf seinen beruflichen Werdegang ein, der unterstreiche, dass er die fachlichen Voraussetzungen für die Stelle erfülle, was auch seine Tätigkeit als stellvertretender Ordnungsamtsleiter bestätigt habe. Dann legt er seine Vorstellungen zur künftigen Gestaltung des Ordnungsamtes dar. Er stelle sich vor, das Amt umzuorganisieren und die Aufgaben des Straßenverkehrsrechts und der Ortspolizeibehörde bei der Amtsleitung anzusiedeln. Er geht auf verschiedene Aufgabenbereiche ein. Die kommunale Kriminalprävention bezeichnet er als eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben. Die Gewaltdelikte hätten zugenommen und das Sicherheitsempfinden der Bürger sei mittlerweile stark eingeschränkt. Es hätten sich verschiedene Jugendtreffpunkte gebildet, die nicht immer konfliktfrei seien. Häufig komme es zu Lärmbelästigungen und gezielten Ordnungsstörungen. Auch ein Trend zu frühem, exzessiven Alkoholkonsum Jugendlicher sei feststellbar. Daher würde er eine Lenkungsgruppe einrichten unter Beteiligung des Ordnungsamtes, der Schulen, Jugend Aktiv, der Polizei und anderer. Die Runden Tische hätten sich bewährt. Man müsse mehr Zeit in sie investieren, damit sich die Bürger in der Stadt wohl fühlten.

Als weitere Aufgabe nennt er die Erstellung eines Einsatzplanes für Großschadensfälle unterhalb von Katastrophen. Dies sähe er als erste Aufgabe. Erste Gespräche mit einem Dozenten der Polizeischule und anderen hätten bereits stattgefunden, damit eine Schulung der betreffenden Mitarbeiter vor Ort noch 2007 erfolgen könnte. Neben der Sachbearbeitung seien Leitungsaufgaben zu erledigen. Auch hierfür bringe er die notwendigen Grundvoraussetzungen mit, die er sich als Stellvertreter in den letzten 12 Jahren angeeignet und angewandt habe. Der bisherige Umgang mit den Mitarbeitern habe gezeigt, dass die notwendige Akzeptanz vorhanden sei, was ihn auch zu seiner Bewerbung bewegt habe. Er würde als Amtsleiter respektiert und anerkannt. Das Ordnungsamt funktioniere gut, was auch die letzten Jahre gezeigt hätten. Es sei ein kollegiales und von hohem Respekt geprägtes Miteinander. Die Stelle des Stellvertreters würde nicht 1:1 umgesetzt, sondern er würde sie bei der Ausländerstelle ansiedeln. Dadurch könnte der Dienstleistungscharakter zusammen mit der Einwohnermeldestelle verstärkt werden. Eventuell werde in den nächsten Jahren auch noch ein Bürgeramt im Rathaus möglich.

Es wird applaudiert. Da keine Fragen an Herrn Fessler gestellt werden, verlässt er den Ratssaal.

Als zweite in der Reihe stellt sich Frau Hochmuth persönlich vor und nennt ihre Motivation, Qualifikation und ihren Werdegang. Es sei ja klar, dass es sich beim Ordnungsamt um ein Amt mit hohem Konfliktpotential handle. Sie sähe es daher als ihre Aufgabe, Vertrauen in die Verwaltungsarbeit zu schaffen. Wichtig sei dabei die Transparenz von Entscheidungen, man müsse aufklären und ein Problembewusstsein schaffen. Aufgrund ihres Jurastudiums sei sie die Einarbeitung in einzelne Rechtsgebiete gewohnt, sie habe selbständiges Arbeiten gelernt und wie man Probleme angehe. Ziel sei es schon immer gewesen, eine Stelle in der öffentlichen Verwaltung anzutreten, was sie mit der Leitung der Liegenschaftsabteilung in Wiesloch erreicht habe. Im Ordnungsamt sei eine breite Qualifikation des Kollegiums erforderlich und zu fördern. Sie sei zu außerordentlichem Engagement bereit und habe die Fähigkeit, sich schnell in fremde Gebiete einzuarbeiten. Sie bezeichnet sich als konsequent, flexibel, belastbar und nicht konfliktscheu.

Es wird applaudiert. Auch an Frau Hochmuth werden keine Fragen gestellt und sie verlässt den Ratssaal.

Da die bisherigen Bewerbervorstellungen schneller als gedacht abliefen, ist Herr Scheel, der dritte Kandidat, noch nicht anwesend. Daher wird dieser Punkt unterbrochen und in der Tagesordnung fortgefahren.

Nach Abhandlung von Tagesordnungspunkt 3 kommt Herr Scheel in den Ratssaal und stellt seinen persönlichen und beruflichen Werdegang vor. Er schickt voraus, die Verwurzelung im Glauben und in der Familie sei ihm sehr wichtig. Er skizziert dann ausführlich die Schwerpunkte, die er als Leiter des Ordnungsamtes setzen würde. Dabei nennt er die Sicherheit in der Innenstadt, einen möglichst guten Verkehrsfluss und den Themenbereich Integration, der in den nächsten 10 - 15 Jahren ein wichtiges Thema sein werde. Er stellt zu allen Bereichen kurz dar, was er sich vorstellen würde. Bei der Integration erscheint ihm die Federführung des Ordnungsamtes wichtig, da man in den Ausländerbehörden am besten die Folgen nicht geglückter Integration feststellen könne. Daher sei dort der größte Anreiz zur Integration. Auch der direkte Kontakt und die Sprachförderung fänden hier statt.

Die Personalführung bezeichnet er als Kernaufgabe. Er habe 10 Führungsseminare absolviert und führe seit 12 Jahren Mitarbeiter. Er bezeichnet Motivations-, Lob- und Kritikgespräche sowie nachvollziehbare Entscheidungen als wichtig. Die Leitung des Ordnungsamtes wäre für ihn die organische Fortsetzung seiner bisherigen beruflichen Tätigkeit und er bringe weitreichende Erfahrungen für diese Aufgabe mit.

Es wird applaudiert und Herr Scheel, an den ebenfalls keine Fragen gestellt werden, verlässt den Ratssaal.

Anschließend stellt OB Fettback Nichtöffentlichkeit her.

Nach der nichtöffentlichen Sitzung erfolgt eine kurze Sitzungspause zur Fraktionsberatung. Danach wird öffentlich weiterberaten. Es erfolgt keine weitere Diskussion und es werden die vorbereiteten Stimmzettel ausgeteilt. Diese werden anschließend von der Auszählkommission bestehend aus den Stadträten Buttschardt und Wiest sowie der Protokollführung ausgezählt. Das Gremium ist vollständig und es sind somit 33 Stimmberechtigte anwesend. Es wurden 33 gültige Stimmen abgegeben. Die Auszählung ergibt 19 Stimmen für Herrn Fessler, 1 Stimme für Frau Hochmuth und 13 Stimmen für Herrn Scheel. Das Ergebnis wird OB Fettback schriftlich mitgeteilt.

OB Fettback lässt wissen, für die Wahl im ersten Wahlgang sei mehr als die Hälfte der anwesenden Stimmberechtigten, somit mindestens 17 Stimmen erforderlich. Das Stimmenverhältnis teilt OB Fettback nicht mit.

OB Fettback teilt mit, **Herr Fessler habe über die Hälfte der Stimmen erhalten und sei somit gewählt.**

Beschluss:

Hubert Fessler ist im ersten Wahlgang zum Leiter des Ordnungsamts gewählt.

OB Fettback holt Herrn Fessler in den Ratssaal, wobei applaudiert wird. Er gratuliert ihm herzlich zur Wahl. Er freue sich auf die weitere gute Zusammenarbeit. Er sei mit 19 Stimmen gewählt worden. Seine Akzeptanz im Amt sei für viele sicher auch ein Grund zur Wahl gewesen. Auch seine geäußerten Absichten hätten manchen sicher überzeugt.

Herr Fessler dankt für die Wahl und das ausgesprochen Vertrauen, das er hoffentlich rechtfertigen könne.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 208/2007 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 22.11.07.

OB Fettback meint, man müsse auch den Mut haben, in finanziell besseren Zeiten Entscheidungen aus der Haushaltskonsolidierung zu verändern. Die Bedeutung von Bildung und Betreuung habe man erkannt, dürfe aber die eigenen Einrichtungen nicht vergessen. Er habe das Thema neu durchdacht und auch beim Unternahmertreffen am 12.11.07 auf die Tagesordnung genommen. Alle Unternehmen beurteilten die Volkshochschule als sehr gute Bildungseinrichtung, die sie nicht unmittelbar zur Mitarbeiterqualifizierung benötigten, aber als weichen Standortfaktor, da bei 2,4% Arbeitslosigkeit der Fachkräftemangel ein wichtiges Element darstelle. Die Volkshochschuleleitung beinhalte neben der Führungsaufgabe auch die Leitung eines Fachbereiches. Überdies müsse man berücksichtigen, dass die Arbeit beim Kulturdezernat immer mehr werde und dort beispielsweise auch die Zielgruppenarbeit angesiedelt sei.

StR Dullenkopf führt aus, eine große Mehrheit der CDU-Fraktion sei für den Verwaltungsvorschlag. Man hätte es auch für mehrheitsfähig gehalten, die Leitung der Volkshochschule und des Kulturdezernats in Personalunion auszuschreiben. Die wichtige Funktion des Kulturdezernats und seiner Ämter könne man nur unterstreichen. Eine Stärkung der Volkshochschule wäre aber auch in Personalunion mit dem Kulturdezernenten möglich gewesen. Wenn man eine entsprechend gute Leitung für die Volkshochschule finde, könne diese vielleicht auch die Aufgaben des Kulturdezernenten übernehmen. Er hoffe, dass dann der Gemeinderat flexibel genug sei, dies zu entscheiden.

StRin Kübler bezeichnet die Entscheidung als wichtig zur Stärkung der Volkshochschule, was nur mit einer eigenen Leitung möglich sei. Eine Personalunion mit dem Kulturdezernenten sei momentan nicht vorstellbar. Die SPD-Fraktion habe in dieser Frage den Stein ins Rollen gebracht mit dem Antrag zum Haushalt 2007, eine Marktanalyse zu erstellen. Im Oktober 2007 sei dann der Weiterbildungsbericht vorgelegt worden mit der klaren Aussage, dass eine Neuausrichtung der Volkshochschule erforderlich sei. Dies erfordere nach Meinung der SPD-Fraktion eine eigene Leitung. Der Weg der kleinen Schritte sei auch schon im Rahmen des Jubiläums „60 Jahre Volkshochschule“ thematisiert worden und sie freue sich nun über den erreichten Konsens. Mit der Zustimmung zur Stellenbesetzung verbinde man eine hohe Erwartungshaltung an die künftige Leitung. Die richtige Auswahl werde keine leichte Aufgabe werden. Den Erhalt des Kulturdezernenten habe man nie in Frage gestellt und die SPD-Fraktion wünsche sich einen nahtlosen Übergang. Ein aktives Kulturleben zeichne Biberach aus und sei ein Schwerpunkt der Kommunalpolitik. Kultur und Bildung seien positive Faktoren zur Gewinnung von Neubürgern.

StR Zügel sieht die Volkshochschule im Wettbewerb der Bildungseinrichtungen. Eine erfolgreiche Leitung erfordere einen echten Chef im Team. Die Personalunion mit dem Kulturdezernenten sei eine gut funktionierende Übergangslösung gewesen. Wenn man aber langfristig mit Bildungseinrichtungen erfolgreich sein wolle, benötige man eine eigene Leitung. Die Volkshochschule müsse Gas geben.

Spektakulärer erscheine ihm die Wiederbesetzung des Kulturdezernenten, die in vielen internen Diskussionen strittig gewesen sei. Biberach sei für seine Kulturangebote bekannt, die einen exzellenten, weichen Standortfaktor darstellten. Der Kulturdezernent sei nicht nur Repräsentant nach außen, sondern benötige strategischen Weitblick für sehr unterschiedliche Anforderungen. Er habe eine große Bandbreite von Aufgaben, die in der Vergangenheit in der Öffentlichkeit zu wenig wahrgenommen worden seien. Die Stelle erfordere ausgeprägtes intellektuelles Profil. Daher sei die Neubesetzung ohne Personalunion richtig. Er gibt zu bedenken, was wäre, wenn es Biberach finanziell nicht mehr so gut ginge, oder man sich für die falsche Person entschied. Aufgrund dieser Überlegungen regt er an, ohne dies zum Antrag zu erheben, bei der Stellenausschreibung einen Zeitvertrag, ähnlich dem von Geschäftsführer wichtiger Unternehmen über 5 Jahre anzustreben. Es sei wichtig, die Kultur adäquat zu vertreten.

StR Späh meint, zwei Vorlagen wären den Themen angemessener gewesen, auch wenn die Themen zufällig zeitlich zusammenfielen. Man habe eine lange Interimszeit die Volkshochschule in Personalunion mit dem Kulturdezernenten besetzt, beide Bereiche benötigten jedoch eine eigene Leitung. Der Kulturdezernent müsse wichtige strategische Aufgaben erfüllen. Auch er bezeichne die Kulturangebote als weiche Standortfaktoren, die man mit Leben füllen müsse, was eines Kulturdezernenten bedürfe. Diese Person müsse viele Managementaufgaben erledigen, aber auch die fachliche Leitung von rund 80 Mitarbeitern übernehmen. Einen Kulturdezernenten benötige man auch um so mehr, wenn er den Integrationsausschuss betreuen müsse.

StR Funk findet die gemeinsame Behandlung richtig und wichtig. Wichtig sei auch, einen Dezernenten zu installieren, gegenüber dem Weisungsbefugnis bestehe. Ein Zeitvertrag könnte teuer werden. Wenn man einen Dezernenten einsparen wolle, müssten die entsprechenden Ämter direkt dem Oberbürgermeister unterstellt werden, was man auch mitgetragen hätte. Die Auflösung eines anderen Dezernats stünde für die FDP nicht zur Diskussion.

StR Kolesch **beantragt**, getrennte Abstimmung über die einzelnen Ziffern. Die Vorlage gerate seines Erachtens zu kurz und beleuchte zu wenig die Alternativen, vor allem bezüglich Ziffer 2 des Beschlussantrags. Er spricht sich für die Ausschreibung der Stelle Leitung der Volkshochschule aus. Am Ende einer Diskussion hätte auch er für die Wiederbesetzung der Stelle des Kulturdezernenten sein können, dies sei aber nicht diskutiert worden. Er erinnert an Diskussionen zu diesem Thema. Er sei überrascht, dass ohne die Darlegung von Alternativen ein „weiter so“ proklamiert werde. Dabei gibt er zu bedenken, dass man in der Vergangenheit mit der Personalunion von Kulturdezernent und Amtsleitung keine schlechten Erfahrungen gemacht habe. Als Beispiel nennt er Frau Sikora, die man nicht in schlechter Erinnerung habe, sowie die Personalunion von Kulturdezernent Dr. Biege und der Leitung der Volkshochschule. Mit der Entscheidung würden künftige Veränderungen der Verwaltungsstruktur in der Spitze zementiert. Es habe aber einmal eine breite Zustimmung im Gemeinderat dafür gegeben, dass die Verwaltungsspitze zu breit aufgestellt sei im Vergleich zu anderen Städten.

Zeitverträge im öffentlichen Dienst seien problematisch. Stattdessen sollte dann eher eine Bürgermeisterstelle geschaffen werden, da ein Bürgermeister nur auf acht Jahre gewählt werde.

OB Fettback hält entgegen, man habe das Thema im Hauptausschuss intensiv diskutiert, auch ob es der richtige Zeitpunkt für den Einstieg in eine erneute Diskussion der Verwaltungsstrukturen wäre. Dies sei mehrheitlich verneint worden. Ob ein Zeitvertrag ausgeschrieben werde, habe man jetzt nicht zu entscheiden. Der Ausschreibungstext werde ohnehin noch im Gremium diskutiert. Die Aufgaben des Integrationsausschusses wäre nach der heutigen Geschäftsordnung beim Kul-

turdezernat angesiedelt. Er könnte sich aber auch die Wahrnehmung der Aufgaben durch das Ordnungsamt vorstellen. Hier man sei man noch nicht festgelegt.

Herr Dr. Biege stellt klar, bis Juli 1991 sei Kulturdezernent immer der Oberbürgermeister gewesen.

Auch StRin Kübler meint, man habe das Thema im Hauptausschuss ausführlich diskutiert. Offensichtlich sei der Informationsfluss in der CDU-Fraktion schlecht.

StR Zügel bestätigt die intensive Diskussion im Hauptausschuss. Eine regelmäßige Überprüfung der Verwaltungsstrukturen sei in Ordnung und politische Aufgabe. Die überwiegende Mehrheit sei aber für die vorgeschlagene Lösung zur Wahrung der städtischen Interessen im Kulturbereich gewesen.

StR Kolesch gibt zu verstehen, er habe seine eigene Meinung kund getan und habe nicht behauptet, das Thema sei im Hauptausschuss nicht diskutiert worden. Er habe sich nur auf die lapidare Vorlage bezogen. Vor zwei Jahren habe man ausführlich die Verwaltungsstruktur diskutiert, auf die sich die aktuelle Vorlage nicht bezogen habe. Das halte er dem Thema nicht angemessen.

OB Fettback wehrt sich gegen die Behauptung, man habe eine lapidare Vorlage vorgelegt. Man müsse die Mehrheitsverhältnisse berücksichtigen und habe auf die vorherige Diskussion Bezug genommen.

Sodann tritt der Gemeinderat in die Abstimmung.

Ziffer 1 des Beschlussantrags wird einstimmig zugestimmt.

Ziffer 2 wird bei 3 Nein-Stimmen (StRe Herzhauser, Kolesch, Pfender), 1 Enthaltung (StR Abele) und restlichen Ja-Stimmen zugestimmt.

Somit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

- 1. Die Stelle der Leitung der Volkshochschule mit Fachbereichsleitung (100 %) wird wieder besetzt (EG 13 TVöD).**
- 2. Zum Ausscheiden von Kulturdezernent Dr. Biege wird die Stelle einer/s Kulturkoordinatorin/s besetzt (EG 15 TVöD).**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 257/2007-2 zur Beschlussfassung vor. Das Fußwegekonzept ist ebenfalls angeschlossen.

Herr Kuhlmann erläutert kurz das Thema und geht auf das bisherige Verfahren ein. Bedeutsam sei die Abstimmung mit dem bereits beschlossenen Radwegekonzept. Man benötige sichere, attraktive und schnelle Fußwege, damit diese Fortbewegungsart entsprechend genutzt werde. In Biberach habe man bereits ein weit verzweigtes und gutes Fußwegenetz. Das Fußwegekonzept werde Einfluss in die städtebauliche Planung finden und bei Tiefbaumaßnahmen Zug um Zug realisiert. Größere Maßnahmen müsse man noch diskutieren und dann im Gremium entscheiden. Die Broschüre könne beim Stadtplanungsamt bezogen und im Internet aufgerufen werden. Dann lässt er noch wissen, dass man die Schrittzahl im Zeitonenplan reduziert habe.

Es wird applaudiert.

StR Kolesch gibt zu verstehen, die CDU habe sich schon immer für die Erreichbarkeit eingesetzt. Fußgänger sei sicher die am häufigsten genutzte Verkehrsart, weshalb gute Verbindungen wichtig seien. Hierbei habe man schon einiges erreicht, was im Fußwegekonzept nachgelesen werden könne. Der Rad- und Fußweg ins Wolfental liege der CDU-Fraktion sehr am Herzen und sei nun auf den Weg gebracht. Abschließend bezeichnet er noch die nachrichtliche Aufnahme der Aussichtspunkte aus positiv.

StR Keil bezeichnet Fußgänger als Gewinn und meint, wer nicht zu Fuß gehe, verpasse einiges in der Stadt. Er dankt dem Stadtplanungsamt für die Erstellung des Fußwegekonzeptes. Nicht optimal sei jedoch, dass Anregungen erst im Bauausschuss erfolgen konnten, da Bürgeranregungen wichtig seien. Er nennt zwei neuralgische Punkte und fände es positiv, über deren Behandlung im Bauausschuss informiert zu werden, damit man dies nicht über die Zeitung erfahren müsse. Als Beispiel nennt er die Alleenstraße und Mettenberg. Sorgen machten die Unfallschwerpunkte. Diese dürfe es nicht geben. Bei besonderen Häufungen sollte man sich eventuell für einen Vorort-termin Zeit nehmen und vor Beginn von Baumaßnahmen hierüber diskutiert werden.

OB Fettback hält entgegen, in den genannten Fällen seien auch verkehrsrechtliche Aspekte zu berücksichtigen und man müsse zunächst verwaltungsintern eine Entscheidung treffen.

StR Rieger meint, die Freien Wähler könnten im Großen und Ganzen zustimmen. Verstärktes Augenmerk müsse man aber auf die neuralgischen Punkte richten. Er nennt die Kreuzung beim Ärztehaus, den Weg ins Wolfental auf Höhe der Kolpingstraße und Optimierungsmöglichkeiten, um vor allem Gehbehinderten unnötige Wege zu ersparen. Er nennt den Weg vom Wolfental Richtung „Penny Markt“, der durch eine Brücke verkürzt werden könnte. Eventuell könne man zu letzterem ein Provisorium errichten, zu dessen Erstellung er sogar persönlich bereit wäre.

BM Ogertschnig legt dar, das Konzept Steigmühlstraße/Innenstadt werde vorgelegt und dann über die Art der Realisierung entschieden.

StR Weber meint, das Stadtplanungsamt habe mit seiner Arbeit überzeugt. Die Grünen seien zufrieden. Es würden gute ökologische Werte gesetzt. Er bezeichnet Bordsteinabsenkungen für die

Barrierefreiheit als wichtig. Manche Ampelschaltungen seien für die Fußgänger zu kurz und man solle lieber die Pkw länger warten lassen.

StR Braig signalisiert die Zustimmung der FDP im Grundsatz als Handlungsrahmen. Einzelfälle müssten flexibel behandelt werden. Zur Ampelschaltung beim Ärztehaus meint er die Ampelschaltung sei auf größtmögliche Sicherheit ausgelegt. Was könne man mehr tun?

Probleme hätten auch ältere und behinderte Fußgänger in der Innenstadt. Daher müsse man beispielsweise das Pflaster begehbarer machen, was auch Teil der Barrierefreiheit sei.

StRin Goeth stellt fest, es hätten sich neue Fußgängerströme vom Ärztehaus zum Ulmer Tor entwickelt. Sie habe einen Mittwochvormittag eine Zählung zwischen 10 und 11:30 Uhr durchgeführt. In zwei Minuten hätten 9 Fußgänger die Straße überquert. Von KaVo seien in 1 Minute 11,4 und in der zweiten Minute 3,7 Pkw gekommen. Für Fußgänger könnte daher ohne wesentliche Verkehrsbeeinträchtigungen eine weitere Grünphase eingerichtet werden. Die bisherige zweiminütige Wartezeit sei durch die Verkehrsverhältnisse nicht begründet.

BM Ogertschnig erwidert, man versuche die Programmphasen entsprechend zu verändern. In Hauptverkehrszeiten stelle sich die Situation jedoch anders dar.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Fortschreibung des Fußwegekonzeptes (Planfassung 11.2007) wird im Grundsatz zugestimmt.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die im Plan und im Konzept dargestellten Maßnahmen und fehlenden Verbindungen entsprechend der festgelegten Prioritäten geeignete Lösungsvorschläge auszuarbeiten, die dem Gremium zur Mittelanmeldung und/oder Ausführung zur Beschlussfassung vorgelegt werden.**

Damit ist die öffentliche Sitzung beendet. Vor Beginn der nichtöffentlichen Sitzung findet von 19:10 Uhr- 19:25 Uhr eine Vesperpause statt.

Gemeinderat, 10.12.2007, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
Stadtrat:	Wiest
Stadträtin:	Buttschardt
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Ogertschnig